

Betrachtungen zur österreichischen Streikgeschichte

Univ. Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Ilse Reiter-Zatloukal

CCT 1768

Zweyundsechszigster Artikel

von Aufrühren, und Tumulten.

ARTICULUS 62.
de
feditiōe, & tumultu.

Inhalt.

- §. 1. Was durch die Aufrührer hier verstanden werde?
§. 2. Niemand solle sich zu haben vermeinendes Nicht durch Empörung, und gewaltsame Widergesetzlichkeit suchen.
§. 3. Wegen der Anzeigungen, und besondern Fragstunden wird sich weiter beruffen.
§. 4. Straff deren, so sich in Aufrührer einlassen.
§. 5. Verschwerende Umstände,
§. 6. Mildernde Umstände.

§. 1. **E**s ist hier nicht die Rede von einem Aufstand, oder Empörung, so unmittelbar auf die Landesherrschaft, oder den Staat anziehet; allermassen alle derley verdammliche Unternehmungen in das Laster der beleidigten Majestät im ersten Grad einschlagen, wovon erst vorher gehandelt worden. Sondern es verstehet sich dieser Artikel von einem Auflauff, und Zusammenrottirung mehrerer Personen, welche unter allerhand Vorwand einer vermeintlichen Beschwerde entweder entgegen ein- oder andere ausgeschriebene Abgabe, oder ein- oder andere politisch- oder sonstige Einrichtung, oder aber wegen einiger von ihren Obrigkeiten, von ihren Herren, Vorstehern, Zünften u. angeblich erleidender Bedrückungen, oder unter was immer für einer Vorschützung sich eigenmächtig zusammenschlagen, und das vorgegebene Unrecht mit gewaltsamer Widersetzung abstellen zu machen sich erfrehen, oder wohl gar aus blossen Frevelmuth um Jemandens Beschimpf- und Beleidigung willen sich zusammenrottiren.

Hic ea de feditiōe agitur, quæ contra magistratum, contra collegia, vel contra personas privatas concitatur.

§. 229. Bey Verabredungen der Handwerksgefellcn, um sich durch gemeinschaftliche Weigerung zu arbeiten, oder durch andere Mittel einen höheren Tag- oder Wochenlohn, oder andere Bedingungen von ihren Meistern zu erzwingen, sind die Rädelshführer mit durch Fasten und Züchtigung verschärfstem Arreste von drey Tagen bis zu einer Woche zu bestrafen; und nachdem sie entweder Eingeborne oder Ausländer sind, aus der Provinz, oder den sämtlichen Erbländern abzuschaffen.

§. 227. Die Verabredung von mehreren, oder sämtlichen Gewerbsleuten eines Gewerbes, in der Absicht, den Preis einer Waare oder einer Arbeit zum Nachtheile des Publicums zu erhöhen, oder zu ihrem eigenen Vortheile herabzusetzen, oder, um Mangel zu verursachen, ist als eine schwere Polizey-Üebertretung, nach Maß der Theilnahme an derselben, zu bestrafen.

§. 481.

Verabredungen von Berg- und Hüttenarbeitern, Handwerksgesellen, Hilfsleuten der im §. 479 erwähnten Arbeitsgeber, von Lehrjungen, Dienstboten oder überhaupt von Arbeitern, um sich durch gemeinschaftliche Weigerung, zu arbeiten, oder durch andere Mittel einen höheren Tag- oder Wochenlohn oder andere Bedingungen von ihren Arbeitsgebern zu erzwingen, sind Uebertretungen, und an den Rädelsführern mit verschärftem Arreste von acht Tagen bis zu drei Monaten zu bestrafen; auch sind dieselben, je nachdem sie Inländer oder Ausländer sind, aus dem Kronlande oder dem ganzen Reiche abzuschaffen.

Verabredungen
von Arbeitern.
Strafe.

§. 479.

Verabredungen von Gewerbsleuten, Fabriks- oder Arbeits-Unternehmern oder Dienstgebern, um eine Umänderung in den Arbeits- oder Lohnverhältnissen zu erwirken, oder um den Preis einer Waare oder einer Arbeit zum Nachtheile des Publikums zu erhöhen oder zu ihrem eigenen Vortheile herabzusetzen, oder um Mangel zu verursachen, sind als Uebertretungen zu bestrafen.

Verabredungen
von Gewerbsleu-
ten, Fabriks-, Ar-
beits-Unterneh-
mern oder Dienst-
gebern.

Gewerbeordnung 1859

§. 77.

Verbote.

Es ist den Gehilfen verboten, willkürliche Feiertage und sogenannte blaue Montage zu halten, ohne Einwilligung des Dienstgebers für eigene Rechnung oder für fremde Arbeitsgeber zu arbeiten, und unter sich Verabredungen zu treffen, um durch gemeinschaftliche Arbeitsverweigerung oder durch andere Mittel von ihrem Dienstherrn Bedingungen zu erzwingen (§. 481 des Strafgesetzbuches).

Koalitionsgesetz 1870



universität
wien

§. 1. Die Bestimmungen der §§. 479, 480 und 481 des allgemeinen Strafgesetzes vom 27. Mai 1852, R. G. Bl. Nr. 117, treten außer Wirksamkeit.

§. 2. Verabredungen von Arbeitgebern (Gewerbsleuten, Dienstgebern, Leitern von Fabriks-, Bergbau-, Hüttenwerks-, landwirthschaftlichen oder anderen Arbeitsunternehmungen), welche bezwecken, mittelst Einstellung des Betriebes oder Entlassung von Arbeitern diesen eine Lohnverringerung oder überhaupt ungünstigere Arbeitsbedingungen aufzuerlegen; — sowie Verabredungen von Arbeitnehmern (Gefellen, Gehilfen, Bediensteten, oder sonstigen Arbeitern um Lohn), welche bezwecken, mittelst gemeinschaftlicher Einstellung der Arbeit von den Arbeitgebern höheren Lohn oder überhaupt günstigere Arbeitsbedingungen zu erzwingen; — endlich alle Vereinbarungen zur Unterstützung derjenigen, welche bei den erwähnten Verabredungen ausharren, oder zur Benachtheiligung derjenigen, welche sich davon los sagten, haben keine rechtliche Wirkung.

§. 3. Wer, um das Zustandekommen, die Verbreitung oder die zwangsweise Durchführung einer der in dem §. 2 bezeichneten Verabredungen zu bewirken, Arbeitgeber oder Arbeitnehmer an der Ausführung ihres freien Entschlusses, Arbeit zu geben oder zu nehmen, durch Mittel der Einschüchterung oder Gewalt hindert oder zu hindern versucht, ist, sofern seine Handlung nicht unter eine strengere Bestimmung des Strafgesetzes fällt, einer Uebertretung schuldig und von dem Gerichte mit Arrest von acht Tagen bis zu drei Monaten zu bestrafen.

Streikhäufigkeit 1868-1883

	Anzahl Streiks
1868	5
1869	15
1870	17
1871	40
1872	44
1873	21
1874	4
1875	1
1876	2
1877	–
1878	4
1879	5
1880	5
1881	3
1882	11
1883	15

Streikhäufigkeit 1891-1918

	Anzahl Streiks	Beteiligte	Versäumte Arbeitstage
1891	104		
1892	102		
1894	172	67'061	
1895	209	28'652	
1896	305	66'234	899'939
1897	246	38'467	368'098
1898	255	39'658	323'619
1899	311	54'763	1'029'937
1900	303	105'128	3'483'963
1901	270	24'870	157'744
1902	264	37'471	284'046
1903	324	46'215	500'567
1904	414	64'227	606'629
1905	686	99'591	1'238'458
1906	1'083	153'688	2'191'815
1907	1'086	176'789	2'087'523
1908	721	78'562	1'011'036
1909	580	61'978	729'309
1910	657	55'474	1'129'460
1911	706	122'001	1'710'277
1912	761	120'953	1'862'027
1913	438	39'814	409'353
1914	260	33'412	264'354
1915	39	8'000	16'000
1916	41	15'000	22'000
1917	131	161'000	469'000
1918	298	57'000	581'000

ät

Reichsschubgesetz 1871

§. 1.

Die Abschiebung aus einem bestimmten Orte oder Gebiete mit der Verweisung in die Zuständigkeitsgemeinde, oder bei Personen, welche dem Bestungsgebiete dieses Gesetzes nicht angehören, über die Gränze dieses Gebietes, darf aus polizeilichen Rücksichten nur gegen nachstehend bezeichnete Personen erfolgen, als:

- b) gegen ausweis- und bestimmungslose Individuen, welche kein Einkommen und keinen erlaubten Erwerb nachweisen können;
 - d) gegen aus der Haft tretende Sträflinge und Zwänglinge, insoferne sie die Sicherheit der Person oder des Eigenthums gefährden.
- Bei wiederholter Abschiebung kann das Verbot der Rückkehr ausgesprochen werden.

Streikverordnung 1914

§ 2.

Der öffentliche Beamte, der Bedienstete eines Staatsbetriebes, der Bedienstete einer Eisenbahn, eines Schiffahrtsunternehmens oder einer staatlich geschützten Unternehmung, der im Vereine mit anderen in der Absicht, den Dienst oder Betrieb zu stören, die Erfüllung seiner Pflichten ganz oder zum Teile verweigert oder unterläßt, oder seine Arbeit in einer Weise verrichtet, die geeignet ist, den Dienst oder Betrieb zu erschweren, wird wegen Vergehens mit strengem Arreste von sechs Wochen bis zu einem Jahre bestraft.

§ 3.

1. Wer gegen einen anderen ein Mittel der Einschüchterung oder Gewalt anwendet, um eine Verabredung zustande zu bringen, zu verbreiten oder zwangsweise durchzuführen, die darauf gerichtet ist, durch ein pflichtwidriges Verhalten der im § 2 angeführten Art den öffentlichen Dienst, den Dienst in einem staatlichen Betriebe oder den Betrieb einer Eisenbahn, eines Schiffahrtsunternehmens oder einer staatlich geschützten Unternehmung zu stören,

2. wer in der Absicht, einen solchen Dienst oder Betrieb zu stören, Betriebsmittel oder Betriebs-einrichtungen beschädigt oder der Benützung entzieht,

wird wegen Vergehens¹ mit strengem Arrest von sechs Wochen bis zu einem Jahre bestraft.

2. B-VG Novelle 1929

(5) Die im Absatz 3 bezeichneten Verordnungen dürfen nicht eine Abänderung bundesverfassungsgesetzlicher Bestimmungen bedeuten und weder eine dauernde finanzielle Belastung des Bundes, noch eine finanzielle Belastung der Länder, Bezirke oder Gemeinden, noch finanzielle Verpflichtungen der Bundesbürger, noch eine Veräußerung von Staatsgut, noch Maßnahmen in den im Artikel 10, Z. 11, bezeichneten Angelegenheiten, noch endlich solche auf dem Gebiet des Koalitionsrechtes oder des Mieterschutzes zum Gegenstand haben."

Vertrag von St. Germain 1919

Unter diesen Verfahren und Grundsätzen erscheinen den Hohen vertragschließenden Teilen die folgenden von besonderer und Beschleunigung erheischender Wichtigkeit:

2. Das Recht des Zusammenschlusses zu allen nicht dem Gesetz zuwiderlaufenden Zwecken sowohl für Arbeitnehmer als auch für Arbeitgeber.

Antiterrorgesetz 1930

§ 4. (1) Wer in der Absicht, zu bewirken, daß in einem Betrieb nur Angehörige einer bestimmten Berufsvereinigung oder anderen freiwilligen Vereinigung oder nur Arbeitnehmer, die keiner Berufsvereinigung angehören, beschäftigt werden, oder in der Absicht zu verhindern, daß in einem Betrieb Personen beschäftigt werden, die keiner Berufsvereinigung oder die einer bestimmten Berufsvereinigung oder anderen freiwilligen Vereinigung angehören, Arbeitgeber oder Arbeitnehmer an der Ausführung ihres freien Entschlusses, Arbeit zu geben oder zu nehmen, durch Mittel der Einschüchterung oder Gewalt hindert, wird, sofern die Handlung nicht nach einer anderen Bestimmung strenger strafbar ist, wegen Vergehens mit strengem Arrest von einer Woche bis zu sechs Monaten bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer einen Arbeitnehmer durch Mittel der Einschüchterung oder Gewalt nötigt, einer Berufsvereinigung oder anderen freiwilligen Vereinigung beizutreten oder aus einer solchen auszutreten.

Streikhäufigkeit 1918-1932

	Anzahl Streiks	Beteiligte	Versäumte Arbeitstage
1918	60	84'024	437'939
1919	151	63'703	220'815
1920	329	179'352	927'402
1921	435	207'974	1'762'892
1922	381	211'429	1'635'443
1923	268	116'669	1'074'377
1924	401	268'696	2'295'493
1925	287	46'743	666'373
1926	186	18'624	232'944
1927	195	28'769	476'709
1928	242	32'948	562'992
1929	202	23'799	286'505
1930	83	6'170	40'885
1931	56	8'502	100'465
1932	30	5'429	79'942
1933	23	5'034	64'624
1934	4	137	220

Zwangsschlichtungs-VO 1933

Artikel I. Das Gesetz vom 18. Dezember 1919, St. G. Bl. Nr. 16 aus 1920, über die Errichtung von Einigungsämtern und über kollektive Arbeitsverträge wird abgeändert und ergänzt, wie folgt:

1. Nach § 8 wird folgender III. Abschnitt eingefügt:

„III. Abschnitt.

Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen.

§ 8 a. Die Vorschriften dieses Abschnittes finden Anwendung auf die Schlichtung von Gesamtsstreitigkeiten aus dem Arbeits(Dienst)verhältnis

- a) in Betrieben, die der Versorgung der Bevölkerung mit Gas, Wasser oder Elektrizität dienen,
- b) in sonstigen Betrieben, die für das öffentliche Wohl besonders wichtig sind,

§ 8 b. Gesamtsstreitigkeiten im Sinne dieses Abschnittes sind Streitigkeiten, die zwischen Berufsvereinigungen der Arbeiter oder Angestellten und einem oder mehreren Arbeitgebern oder Berufsvereinigungen von Arbeitgebern über den Abschluß (§ 12), die Auslegung, die Verlängerung der Geltungsdauer oder die Abänderung eines Kollektivvertrages entstehen.

§ 8 c. (1) Für Schiedssprüche über Gesamtsstreitigkeiten in den in § 8 a bezeichneten Betrieben gelten die folgenden Bestimmungen.

(2) Die Frist, binnen deren die Parteien zu erklären haben, ob sie sich dem Schiedsspruch unterwerfen (§ 7, Absatz 5), beträgt eine Woche; sie ist unerstreckbar.

(3) Wird der Schiedsspruch von einer der Parteien nicht angenommen, so kann die andere Partei den Antrag stellen, daß der Schiedsspruch vom Obereinigungsamte für verbindlich erklärt werde. Das Verfahren zur Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches ist auch auf Antrag des Bundesministeriums für soziale Verwaltung einzuleiten. Der Antrag ist beim Obereinigungsamte einzubringen. Der Vorsitzende des Obereinigungsamtes kann das Verfahren auch von Amts wegen einleiten.

Streikverordnung 1933

§ 1. (1) Die Vorschriften dieser Verordnung finden Anwendung:

1. auf Arbeitseinstellungen (Streiks) in Betrieben, sofern die Arbeitseinstellung nicht oder nicht ausschließlich der Erreichung günstigerer Arbeitsbedingungen dienen soll;

2. ohne Rücksicht auf den Zweck der Arbeitseinstellung:

a) auf Arbeitseinstellungen (Streiks) in den vom Bund oder von einer sonstigen Gebietskörperschaft verwalteten Betrieben, in den dem öffentlichen Verkehr dienenden Unternehmungen und deren Hilfsanstalten sowie in Betrieben, die der Versorgung der Bevölkerung mit Gas, Wasser oder Elektrizität dienen;

b) auf Arbeitseinstellungen (Streiks) in sonstigen Betrieben, die für das öffentliche Wohl besonders wichtig sind.

(2) Die Vorschriften dieser Verordnung über Arbeitseinstellungen finden auch Anwendung auf Erschwerungen des Dienstes oder Betriebes, die absichtlich durch die Art der Arbeitsverrichtung herbeigeführt werden (passive Resistenz).

§ 2. (1) Wer an einer im § 1 bezeichneten Arbeitseinstellung (passiven Resistenz) teilnimmt, dazu auffordert, anreizt oder verleitet, dazu Beistand oder sonst Vorschub leistet oder zu ihrer Durchführung an Betriebsmitteln oder Betriebseinrichtungen Handlungen vornimmt, durch die die ordnungsgemäße Fortführung des Betriebes unmöglich gemacht oder erschwert wird, wird unbeschadet der allfälligen strafgerichtlichen oder disziplinären Verfolgung von der politischen Bezirksbehörde, im Amtsgebiet einer Bundespolizeibehörde von dieser Behörde mit Geldstrafe bis zu 2000 S oder mit Arrest bis zu sechs Monaten bestraft; diese Strafen können auch nebeneinander verhängt werden.

Streikhäufigkeit 1933-1937

	Anzahl Streiks	Beteiligte	Versäumte Arbeitstage
1933	23	5.034	64.624
1934	4	137	220
1935	2	65	174
1936	3	123	269
1937	5	606	408

Streikhäufigkeit 1945-1950

	Beteiligte	Versäumte Arbeitsstunden	Beteiligte an gewerkschaftlichen Streiks	Versäumte Arbeitsstunden bei gewerkschaftlichen Streiks
1945	300	7'600	50	3'600
1946	4'360	54'880	1'600	36'800
1947	9'175	294'200	3'175	246'200
1948	5'120	2'440'320	5'060	2'439'840
1949	25'157	691'064	18'657	663'068
1950	28'093	4'042'368	28'093	4'042'368